



Deutsche Umwelthilfe e.V. | Hackescher Markt 4 | 10178 Berlin

Bundeskanzleramt
Willy-Brand-Straße 1
10557 Berlin

Per eMail:
poststelle@bk.bund.de

Heffa Schücking
Urgewald
Tel. +49-2583-304-92-13
heffa@urgewald.org

Sascha Müller-Kraenner
Deutsche Umwelthilfe
Tel. +49 30 2400867-15
mueller-kraenner@duh.de

3. November 2022

Stoppt Europas Jagd nach Gas in Afrika

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler und Herr Vizekanzler,

Wir, Urgewald und die Deutsche Umwelthilfe, sind zutiefst beunruhigt über die Entwicklungen in Europa infolge des russischen Einmarsches in die Ukraine, einschließlich der Energiekrise bei fossilen Brennstoffen und der damit verbundenen Krise bei den Lebenshaltungskosten. Wir haben Verständnis für den Druck, dem die europäischen Haushalte ausgesetzt sind, um ihre Familien in diesem Winter warm zu halten.

Wir stehen auch an der Seite unserer Verbündeten in der afrikanischen Zivilgesellschaft, die angesichts einer durch fossile Brennstoffe verursachten Wirtschafts- und Klimakrise mit einer starken Kampagne ein Ende des Erdgases auf ihrem Kontinent fordern.

Die Antwort Europas auf diese Krise darf nicht darin bestehen, neue Öl- und Gasförder- und Exportinfrastrukturen zu fördern. Diese "Jagd nach Gas" in Afrika ist gefährlich und kurzsichtig.

Es wäre eine Katastrophe für unser Klima und würde Ihre bestehenden Verpflichtungen untergraben, die Temperaturen auf 1,5°C zu begrenzen und die internationale Finanzierung von Öl und Gas auslaufen zu lassen, wie es in Glasgow auf der COP 26 versprochen wurde. Es würde die Klimaauswirkungen in den Regionen, die am wenigsten für die Krise verantwortlich sind, verschlimmern. Gasförderung und -infrastruktur haben nicht nur negative Auswirkungen auf das Klima, sondern auch auf die bestehenden Lebensgrundlagen, die allgemeine Gesundheit, die Luftqualität und die Artenvielfalt.

Neue Gasförderungen und -infrastrukturen wären für die europäischen und afrikanischen Volkswirtschaften von Nachteil. Jede neue Gasinfrastruktur, die entwickelt wird, würde zu spät für unseren kurzfristigen Bedarf in Betrieb gehen. Dies würde unsere Verhaltensweisen, Industrieprozesse und

Volkswirtschaften an umweltschädliche fossile Brennstoffe weit über deren Nutzungsdauer hinaus binden. Es besteht außerdem die Gefahr, dass die Entwicklung Afrikas untergraben wird, indem den Ländern Schulden für die exportorientierte Gasproduktion auferlegt werden, für die es bei sinkender Nachfrage immer weniger Abnehmer geben wird, so dass die afrikanische Bevölkerung für die Kosten dieser gestrandeten Anlagen aufkommen muss. Und das, obwohl diese Länder bereits eine Klimaschuld haben. Hinzu kommen die Opportunitätskosten: Investitionen in Gas lenken von der dringenden Notwendigkeit ab, einen besseren Zugang zu sauberer und zuverlässiger Elektrizität für die mehr als 570 Millionen Menschen auf dem Kontinent zu finanzieren, die keinen Zugang zu Energie haben.

Am gravierendsten ist wohl, dass Öl und Gas Konflikte schüren. Das haben wir zuletzt in der Ukraine gesehen, aber auch in vielen Teilen Afrikas, aus denen die europäischen Regierungen jetzt Gas beziehen wollen.

Wie der [UN-Generalsekretär](#) dieses Jahr sagte, sind Investitionen in neue fossile Brennstoffe und Kraftwerke moralischer und wirtschaftlicher Wahnsinn.

Statt sich auf neue Gasprojekte in Übersee zu stürzen, sind der rasche Ausbau der erneuerbaren Energien und eine bessere Steuerung der Nachfrage dringend erforderlich. Innenpolitische Maßnahmen wie das Repower-EU-Paket und das Fit-for-55-Paket sowie andere Maßnahmen zur Nachfragereduzierung sind ermutigend und werden sich konkret positiv auswirken, indem sie die Gasnachfrage bis 2030 deutlich senken. Sie sind ein Schritt in die richtige Richtung, reichen aber nicht aus, wie europäische [Beamte](#) selbst festgestellt haben. Bedauerlicherweise steht der außenpolitische Ansatz des "Dash for Gas" im Widerspruch zur internen Ausrichtung der europäischen Länder.

Wir fordern Sie dringend auf, in Europa und weltweit so schnell und fair wie möglich über das Gas hinauszugehen. Konkret fordern wir:

1. Sofortige Einstellung aller Geschäfte zur Ausweitung der Gasförderung und der Infrastruktur in Afrika, Bekräftigung der COP 26 Erklärung von Glasgow, Investitionen in neue Gas- und Ölvorkommen zu stoppen, und Anwendung dieser Erklärung auf noch nicht entwickelte Projekte.
2. Rasche Maßnahmen zur Senkung der Gasnachfrage in Europa einzuführen, die für Energie- und Industrieprozesse gelten (z. B. würde [die Verringerung der Kunststoffproduktion den Gasverbrauch](#) in der Nähe der Mengen senken, die aus den Reserven in afrikanischen Ländern gewonnen werden könnten).
3. Investitionen in die groß angelegte Ausweitung erneuerbarer Energien in Partnerschaft mit afrikanischen Ländern und demokratischen Institutionen, um den Zugang zu Energie zu fördern und Regierungen in die Lage zu versetzen, kohlenstofffreie Industriestrategien zu entwickeln, die nicht die Entwicklung fossiler Brennstoffe fördern.

Wir müssen kooperativ und partnerschaftlich mit Menschen, Gemeinschaften und Regierungen in ganz Europa und Afrika zusammenarbeiten, um uns von fossilen Energiesystemen zu lösen und eine gerechte und ausgewogene Energiewende auf der Grundlage von 100 % erneuerbarer Energie zu beschleunigen. Nur so können wir uns von den Fesseln einer schmutzigen Energiewirtschaft befreien und gemeinsam - in jedem Land - schnell den Weg aus dem umweltverschmutzenden, konfliktverursachenden fossilen Gas finden. Wir fordern Sie auf, diesen historischen Moment zu ergreifen und echte Vorreiter in Sachen Klimaschutz zu sein.

Mit freundlichen Grüßen

Heffa Schücking
Geschäftsführung
Urgewald

A handwritten signature in blue ink that reads "Sascha Müller-Kraenner". The signature is written in a cursive, slightly slanted style.

Sascha Müller-Kraenner
Bundesgeschäftsführer
Deutsche Umwelthilfe